Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 29 (2009)
Heft: 57

Artikel: Post-Neoliberalismus und der Staat : zur aktuellen Debatte
Autor: Brand, Ulrich
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652273

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ulrich Brand

Post-Neoliberalismus und der Staat

Zur aktuellen Debatte

Beim allerorten postulierten „Ende des Neoliberalismus" dominieren selbst eineinhalb Jahre nach dem „Ausbruch" der gegenwärtigen Krise immer noch die einfachen Schuldzuweisungen und Krisendiagnosen: Die gierigen Finanzmarktakteure und die schwachen Regulierungen der Finanzmärkte stehen an erster Stelle, gefolgt von der sich als falsch erwiesenen Annahme eines immerwährenden Immobilienbooms in den USA, der fehlerhaften Krisenpolitik der US-Regierung gegenüber der Bank Lehmann Brothers und der „notwendigen Wertberichtigung" an den Finanzmärkten nach einer dynamischen Wachstumsphase. Seit Sommer 2009 werden diese Diagnosen um mehr oder weniger gedämpfte bis euphorische Konjunkturhoffnungen ergänzt. Diese werden insbesondere in den Massenmedien für den verunsicherten „Durchschnittsbürger" aufbereitet, ebenso, wenn auch zurückhaltender aus der Warte von Ökonomieprofessoren in den Wirtschaftsteilen von NZZ, FAZ u.a.m. Dabei fällt auf, dass hier fast schon vulgär-ökonomisch auf Wachstumszahlen geblickt wird, während etwa Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung die Lage in anderen Politikbereichen eher düster malt. Ein „ordnungspolitischer" Konsens wird dabei mit aller Kraft aufrechterhalten: Es ist keine „Systemkrise", die Krise wirkt „als Katalysator", nur wirtschaftliches Wachstum bringt „uns" aus der Finanzmisere, die Unternehmen müssten sich um „gesellschaftliche Akzeptanz bemühen" (Ackermann), die politischen und ökonomischen Eliten brauchen einfach wieder „Vertrauen" und werden es dann schon richten.

Zum Staatsinterventionismus soll es ohnehin keine Alternative gegeben haben. Staatskritik? Fehlanzeige. Auch linke Kritiken und daraus folgende Vorschläge tendieren dazu, das für die Krise verantwortliche neoliberale Modell zuvorderst als *wirtschaftspolitisches* verstehen, das durch soziale Auseinandersetzungen und eine entsprechende Umorientierung staatlicher Politiken wieder umgekehrt werden kann (vgl. zur Darstellung und Kritik einiger Positionen Brand 2009a). Dabei bleiben vier Sachverhalte unberücksichtigt: Erstens fand die Neoliberalisierung der Gesellschaft in sehr vielen Bereichen statt. Es kam zu einer grundlegenden Transformation gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und zur Herausbildung einer neuen Produktions- und Lebensweise. Denn die fossilistisch-kapitalistisch-imperiale Produktions- und Lebensweise ist zu tief in den Gesellschaften verankert, artikuliert sich mit der neoliberalen Kräftekonstellation und dient zu sehr den Interessen relevanter Akteure (inklusive der Gewerkschaften). Vor diesem Hintergrund wäre es eine Fehleinschätzung, dass

nun insbesondere der Staat über andere Politiken diesen Prozess grundlegend umkehren könnte.

Zweitens wird die Flexibilität neoliberaler Strategien unterschätzt, es wird also übersehen, dass "neoliberal hegemony must be understood not as a fait accompli, but rather as an ongoing process of struggle and compromise through which the meaning of neoliberalism is both re-examined and reaffirmed. In particular, ... we need to take seriously the social practices and discourses of neoliberalism, and the way in which these have become deeply entrenched in civil society, if we are to understand the consolidation of neoliberal hegemony. We contend that various social and political struggles which might be read as contestations of neoliberalism so far should rather be seen as part of its evolution (Plehwe/Walpen/Neunhöffer 2006, 1f.). Wenn also das neoliberale Projekt sich als anpassungsfähig erweist, dann ist es analytisch und politisch in der aktuellen Krise wichtig, ob und inwieweit die neoliberalen Machtblöcke in den einzelnen Gesellschaften und länderübergreifend sich zu restrukturieren in der Lage sind, neue Allianzen bilden, veränderte Projekte formulieren und Kritik zu kooptieren. Eines dieser Projekte könnte ein *Green New Deal* sein, um neue Allianzen, Wachstumsdynamiken und Kohäsionsmomente zu schaffen und einige der größten Probleme anzugehen (vgl. Altvater in diesem Heft).

Drittens wird in vielen aktuellen Diagnosen der Charakter der multiplen Krise übersehen und die Tatsache, dass im Grunde der Weg einer strukturkonservativen und auf Wachstum orientierten Krisenbearbeitung nicht verlassen wird. In den kritischen Analysen wird das zunehmend thematisiert, wenngleich der Zusammenhang der unterschiedlichen Krisendynamiken noch deutlicher herausgearbeitet werden muss (vgl. Altvater 2009, Brand 2009b).

Und viertens, hier komme ich auf meine Eingangsbemerkung zurück, ist eine theoriegeleitete und zeitdiagnostisch angemessene Staatsanalyse und Staatskritik gegenwärtig noch wenig entwickelt (Ausnahmen sind etwa Candeias 2008, Rilling 2008). Man ist sich zwar einig: Der Staat der letzten dreißig Jahren war nie ein „neoliberaler" nach dem Lehrbuch. In Westdeutschland und dann in Gesamtdeutschland waren staatliche Außenwirtschaftspolitiken stark merkantilistisch geprägt. Daher ist der Vorschlag von Joachim Hirsch, den umkämpften Umbau des Staates hin zu einem postfordistischen und internationalisierten „nationalen Wettbewerbsstaat" zu bezeichnen, bis heute erhellend und wichtig (Hirsch 1995). Insofern erfordert die Frage nach einem „post-neoliberalen Staat" eine spezifische Antwort. Es weist unter den gegenwärtigen strukturellen Bedingungen, hegemonialen Orientierungen und Kräfteverhältnissen wenig darauf hin, dass sich die nationalen Wettbewerbsstaaten zu etwas grundlegend anderem transformieren würden. Und dennoch sind Veränderungen im Gange, entsprechend der genannten Wandlungsfähigkeit neoliberaler Strategien

und Projekte sowie entsprechend alternativer Kräfte und Strategien. Wie diese konkret aussehen und was sie für emanzipatorische Anliegen bedeutet, muss sich noch zeigen.

Postneoliberalismus

Warum dann der begriffliche Vorschlag eines Postneoliberalismus oder einer Postneoliberalisierung? Was ist damit gemeint? Auf keinen Fall soll damit eine neue Phase kapitalistischer Vergesellschaftung und damit das Ende der vorhergehenden indiziert werden. Wir betonen immer wieder, dass es einerseits um eine Diagnose der aktuellen *Kontinuitäten und Brüche* geht, andererseits und vor allem aber um eine Analyse unterschiedlicher *Strategien* und desweiteren um eine Blickveränderung von den vermeintlichen Wirkungen von „Großstrategien" auf mitunter sehr kleinteilig sich verändernde oder zu verändernde soziale Verhältnisse (Brand/ Sekler 2009).

Es handelt sich beim möglichen Prozess der Postneoliberalisierung um sehr unterschiedliche Antworten auf den Sachverhalt, dass sich die bisherigen neoliberalen Strategen aufgrund von Kritik oder Dysfunktionalität nicht mehr so einfach durchsetzen lassen und die von ihnen erzeugten Krisen immer weniger zu bearbeiten in der Lage sind. Deren möglicherweise zunehmende gesellschaftliche Bedeutung ist nicht nur eine Folge der Widersprüche und Krisen des neoliberalen Gesellschaftsumbaus, mit denen auch herrschende Institutionen und Akteure umzugehen haben. Es ist auch ein Verdienst von emanzipatorischen sozialen Bewegungen, kritischen Nichtregierungsorganisationen, unabhängigen Medien, kritischen Intellektuellen sowie von Menschen in Gewerkschaften und linken Parteien.

Vor diesem Hintergrund dient der Begriff Postneoliberalismus „einerseits als Analyseperspektive zur Beschreibung der – unterschiedlich starken und multiskalar stattfindenden – Brüche mit *dem* Neoliberalismus im Sinne von Projekten, Strategien und Praxen sowie andererseits als normative Ausrichtung und Zielorientierung." (Sekler 2007) Der Begriff umfasst nicht nur emanzipatorische Praxen, sondern auch die Weltbank, UNDP oder sozialdemokratische „Dritte Wege" würden sich als „post-neoliberal" bezeichnen. Genau darin liegt die Stärke des Begriffs: Es können unterschiedliche Strategien in den Blick genommen werden. Im Gegensatz zum Begriff des Postfordismus, der heuristisch eine neue Phase kapitalistischer Vergesellschaftung analysierbar machen soll, umfasst der Begriff des Post-Neoliberalismus eher die *strategischen Auseinandersetzungen* um sich verändernde politische, ökonomische und kulturelle Entwicklungsmuster, Kräftekonstellationen und sich unter Umständen herausbildende hegemoniale Verhältnisse.

Postneoliberale Strategien und die Rolle des Staates

Wenn mit dem Begriff Postneoliberalismus eine Debatte um die strategischen Optionen – in einzelnen Politik- und Konfliktfeldern, aber auch übergreifend – in der aktuellen Krise intensiviert und Erfahrungen insbesondere in Lateinamerika berücksichtigt werden sollen, dann ist bereits viel gewonnen (Brie 2009, für Lateinamerika Macdonald/Rückert 2008, Borón 2003). Angesichts des wachsenden Bewusstseins, dass die bestehenden Formen der Krisenbearbeitung nicht angemessen sind, können unterschiedliche übergreifende postneoliberale Strategien und möglichen Politiken – letztere in Sinne von gesellschaftlich relevant gewordenen Strategien – identifiziert werden (in Anlehnung an Michael Brie 2009; für den Bereich der Umwelt- und Ressourcenpolitik etwa Brand 2009c). Wie gesehen, können die sich in einzelnen Bereichen aber unterschiedlich ausformen.

Zur Barbarei und zu totalitärer Herrschaft führte ein entfesselter Kapitalismus dann, wenn sich Obama nicht durchsetzt und die Bush-Doktrin sowie die sie tragenden Kräfte weiterhin geo-politisch und gesellschaftlich bestimmend bleiben. Eine zweite Strategie bezeichnet Michael Brie als Revitalisierung der Neuen Sozialdemokratie, die aber daran scheitert, dass es unter den aktuellen Bedingungen zu wenig Spielraum für sozialen Ausgleich gebe und sozialdemokratische Politiken „weitgehend bei einer libertären Politik für die obere Mitte" verhaftet blieben, weshalb die Mehrheit der Lohnabhängigen sich an neokonservativen oder sogar rechten Parteien orientieren würde.

Als dritte postneoliberale Strategie ziele ein „mitfühlender Konservatismus" auf eine Gestaltung des Finanzmarktkapitalismus, was de facto zu einer Fortsetzung des Neoliberalismus mit anderen Mitteln führe. Andere Autoren sprechen von einem autoritären Kapitalismus (Deppe/Schmitthenner/Urban 2008), der sich in der aktuellen Krise nochmals akzentuiert, durchaus zu kleineren Veränderungen führt – begrenzte Managergehälter, gewisse Regeln zur erzwungenen Wiederherstellung von Vertrauen, Verstaatlichung einiger Finanzinstitutionen ohne Mitsprache des Staates (vgl. ausführlich Rilling 2008) –, aber zentral die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse zu erhalten versucht. Die Konservativen zielen auf Folgendes ab: „Es wird ein Bündnis mit den ‚kleinen Leuten' in den Zentren der Macht gesucht, diese Zentren werden nur noch selektiv für ‚nützliche' und billige Arbeitskräfte geöffnet, die Marktchancen für die Insider werden erhöht durch aktive staatliche Förderung (vor allem im Bildungssektor) und repressive Exklusion aller ‚Überflüssigen' und eine Sozialstaatspolitik, die die Einzelnen zu einer Verwandlung in den ‚Unternehmer der eigenen Arbeitskraft und Daseinsvorsorge' zwingt. Eine ‚gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik' soll dies durch eine Mischung von partieller Integration und Ausbau militärischer Interventionsmacht, Aufteilung von Einflusssphären und koordinierter Sicherung der westlichen Hegemonie flankieren.

Die Außenpolitik wird dem globalen Wettbewerb untergeordnet. Die Lissabon-Strategie der Europäischen Union zielt in diese Richtung. Europäische Vorreiter sind gegenwärtig der französische Präsident Sarkozy und Italiens Ministerpräsident Berlusconi." (Brie 2009, 24f., zitiert aus dem deutschsprachigen Manuskript). Insbesondere der in Umfragen ermittelte sprunghaft gestiegene Wunsch vieler Menschen nach einer „Re-Regulierung" der „freien Märkte" (vgl. Candeias 2008, 2f.) kann ja auch zu einer Begründung autoritärer Staatsinterventionen in vielen Bereichen führen.

Eine vierte postneoliberale Strategie zielt auf eine emanzipatorische Entwicklungsweise, die auf einer solidarischen Wirtschafts- und Eigentumsordnung, einer grundlegend neuen Lebensweise und partizipativer Demokratie beruhe. Hier sind – neben konkreten Politiken hin zu anderen Verteilungsverhältnissen, Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte, gegen Privatisierungen u.a. – die erwähnten Produktions- und Konsumformen zentral. Die Kräfteverhältnisse auf diesem Gebiet sind diffus, denn wir leben unter den Bedingungen einer imperialen Lebensweise, bei der hegemoniale oder dominante Verhältnisse in den kapitalistischen Zentren nicht zuletzt deswegen aufrechterhalten werden, weil breite Bevölkerungsschichten vermittelt über den Weltmarkt und abgesichert durch internationale Politiken auf die Arbeitskraft und Ressourcen anderer Ländern zurückgreifen können.

Neben dieser strategischen Ebene gibt es eine strukturelle, die in der Debatte um Postneoliberalismus noch wenig entwickelt ist (vgl. dazu Brenner/Peck/Theodore 2009). Denn die spezifischen Strategien von Akteuren und Bündnissen stehen natürlich im Verhältnis oder gar Konkurrenz zu anderen Akteuren und ihren Allianzen. Sie überschneiden sich an einigen Punkten vielleicht, an anderen schließen sie sich aus. Insofern geht es um die Analyse von Kräfte*verhältnissen* und ihre Einschreibung in gesellschaftliche und politische Strukturen. Hier spielt der Staat eine wichtige Rolle.

Der Staat wird aus einer kritischen Perspektive – in der Tradition von Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas - als soziales Verhältnis und als asymmetrisches Terrain der mehr oder weniger kompromisshaften Durchsetzung von Interessen und Wertvorstellungen verstanden (Demirović 2007, Buckel/Fischer-Lescano 2007, Adolphs/Demirović/Karakayali 2009). Als spezifisches soziales Herrschaftsverhältnis mit seinen vielfältigen Praktiken enteignet der Staat den Subalternen ihre Kompetenzen und sichert damit unterschiedliche soziale Verhältnisse ab, macht sie in gewisser Weise plausibel und alternativlos.

Das spiegelt sich in der aktuellen Krisenregulierung. Die ökonomischen und politischen Eliten haben nicht nur die Krise wesentlich verursacht, sondern sie verfügen über die kognitiven und sachlichen Kompetenzen sowie legalen, finanziellen und physischen Mittel der Krisenbearbeitung und werden dabei von den herrschenden Medien und Wissenschaften se-

kundiert. Insofern entsprechen die Formen der Krisenbearbeitung den neoliberalen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und Orientierungen. Das zeigt sich insbesondere an dem weitgehenden Versagen der Gewerkschaften, neoliberalismus- und herrschaftskritische Perspektiven zu eröffnen. Sie sind weitgehend gebannt als subaltern integrierte Akteure in die Wettbewerbsgemeinschaften.

In der aktuellen Krise zeigt sich auch ein Umstand, mit dem sich kritische Kräfte systematischer auseinandersetzen müssen: Es kommt zu einer enormen Beschleunigung von staatlicher Politik. Unter dem enormen Druck von wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Krise – ob „real" oder aus Gründen der Rechtfertigung erzeugt – werden transparente und demokratische Strukturen und Prozesse zum (vermeintlichen) Problem und autoritäre, intransparente und sich kaum mehr zu verantwortende Politikmaßnahmen alternativlos (das erinnert übrigens an den Prozess der deutschen Einigung, der vor zwanzig Jahren begann). Nicos Poulantzas (1978/2002) prägte vor über dreissig Jahren den Begriff des „autoritären Etatismus", der angesichts der aktuellen Entwicklungen einige Plausibilität aufweist. Es kommt unter anderem zu einer stärkeren Autonomisierung des Staates gegenüber den Anliegen der Subalternen und Vorschlägen sowie zu einer Aufwertung der Exekutive und darin verdichteten Interessen und Kräften. Insofern wird in der aktuellen Krise der oftmals positiv konnotierte Begriff der Governance auf seinen herrschaftlichen Gehalt gebracht. Es handelt sich um Koordinationsmechanismen von Eliten, bei denen kritische Anliegen schlicht überrollt oder zur Legitimation an den Katzentisch geholt werden.

Eine weitere wichtige Entwicklung, die in den Krisendiagnosen selten eine Rolle spielt, besteht in der Tatsache, dass sich der Staat als Apparatur und als soziales Verhältnis internationalisiert hat (vgl. Wissel in diesem Heft). Der Umbau zum nationalen Wettbewerbsstaat ist ja weniger einer „von außen" auf den Staat einwirkenden Dynamik geschuldet. Insbesondere die Klassenverhältnisse haben sich internationalisiert und die Globalisierung als herrschaftliches Programm der Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit und Profiten hat sich in die nationalen und lokalen staatlichen Apparate – wie auch in die Gesellschaft insgesamt – eingeschrieben wie auch in die internationalen politischen Institutionen. In den meisten kritischen Analysen wird der Staat weiterhin mit dem Nationalstaat gleichgesetzt und daher bleiben auch die Überlegungen zur Herstellung kritischer Handlungsfähigkeit meist auf der Ebene des Nationalstaates stehen. Damit hecheln kritisch-emanzipatorische Vorschläge von linken Kräften sehr oft den realen Veränderungen hinterher.

Emanzipatorische Handlungsspielräume

Ein „post-neoliberaler" Staat könnte in unterschiedlichen Richtungen entstehen. Wenn etwa die Krise anhält und die liberalisierten wie deregu-

lierten Finanzmärkte sowie die dahinter stehenden Interessen die Reproduktionsfähigkeit der Gesellschaft offensichtlich infrage stellen, dann könnte es in der Tat zu weitreichenden Regulierungen des Finanzsektors kommen (die derzeit nicht absehbar sind). Eine postneoliberale Entwicklung wäre auch in der Handelspolitik durch einen neuen, wenngleich selektiven Protektionismus denkbar, wenn durch die aktuellen Freihandelspolitiken herrschende Interessen infrage gestellt würden oder wenn die Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien eher auf Projekte der Binnenentwicklung setzten.

Aus kritisch-emanzipatorischer Perspektive setzt ein postneoliberaler Staat eine deutliche Verschiebung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse voraus. Eine solche ist derzeit nicht sichtbar. Es gelingen scheinbar keine Eingriffe in die bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse, ihre institutionellen Verdichtungen und hegemoniale gesellschaftliche Orientierungen. Im Gegenteil gibt es vielfältige Trends, die keine Verschiebungen zu weniger Herrschaft und mehr Freiheit und Gerechtigkeit anzeigen: Das neoliberale Programm der Krisenregulierung wird weiterhin durchgezogen; der Krieg im Irak und in Afghanistan sowie die deutlicher werdenden Konturen einer imperialen Weltordnung sind genauso beängstigend wie die zunehmend mit der Herstellung von „Sicherheit" begründeten Politiken; der politische und ökonomische Aufstieg von Ländern der kapitalistischen Peripherie – allen voran China –, weisen wenig emanzipatorische Dimensionen auf; zu sozio-ökonomischen Krisen kommen sozial-ökologische Krisen hinzu, die kaum effektiv bearbeitbar scheinen. Denn die Vieldimensionalität der Krise – insbesondere jene der gesellschaftlichen Naturverhältnisse in den Bereichen Klima und Energie – macht eine relative Stabilisierung sehr viel komplexer.

Und dennoch lassen sich emanzipatorische Handlungshorizonte unschwer angeben. Ich benenne nur einige (vgl. auch Brand/Lösch/Thimmel 2007). Der enorme Druck auf die Lohnarbeitsverhältnisse wie auch auf unbezahlte Arbeit (insbesondere die Sorgearbeit) wird als Teil der Krisenbearbeitung eher zunehmen. Gleichzeitig besteht in diesem Bereich ein enormer Unmut, der sich auch zu artikulieren beginnt. Eine postneoliberale Orientierung könnte über eine breite Forderung von *Arbeitszeitverkürzung* gleich mehrere Krisendimensionen herrschaftskritisch politisieren: Sie wäre ein geeigneter Mechanismus gegen Arbeitslosigkeit, würde im Kernbereich gesellschaftlicher Konflikte Kapital- und Eigentumsmacht infrage stellen (Krull/Massarrat/Steinrücke 2009). Darüber hinaus könnten die herrschenden Formen der Arbeitsteilung zwischen Lohnarbeit und anderer Arbeit, die für die patriarchalen Geschlechterverhältnisse, aber auch ethnisierte Dominanzverhältnisse konstitutiv sind, hinterfragt werden. Und schließlich würde eine der Komplexität der Arbeitsverhältnisse angemessene Forderung nach Arbeitszeitverkürzung die Orientierungen an Produktivismus und Konsumismus aufweichen.

Ich möchte damit verdeutlichen, dass ein Bruch mit dem autoritären und nationalen Wettbewerbsstaat nicht „von oben" respektive aus den Apparaten selbst vorangetrieben wird, sondern auf der gesellschaftlichen Ebene entstehen muss. Die Regierungspolitiken beispielsweise der Linkspartei in Deutschland zeigen ja, dass sie (bei allen Erfolgen auf elektoraler Ebene) eben nicht mit der dominanten kapitalistischen Staatsform brechen wollen. Insofern ist die Debatte um Postneoliberalismus eine in gesellschaftspolitischer Absicht, sich nämlich über Handlungsspielräume und geeignete Strategien zu verständigen.

Ein abschließender Gedanke, der vielleicht die Diskussionen rahmen könnte, in welche Richtung sich die globale politische Ökonomie entwickelt. Es könnte nämlich die Frage aufgeworfen werden, ob und inwiefern es sich in der gegenwärtigen Krise entweder um das *Ende des Postfordismus* und seines Staates handelt oder aber ganz im Gegenteil um eine Art *Durchsetzungskrise des Postfordismus* nach einer längeren Inkubationszeit und einer heftigen Krise. Das wäre eine starke Herausforderung an unsere theoretischen wie zeitdiagnostischen Analysewerkzeuge und an eine in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingreifen wollende praktische Kritik derselben.

Literatur

Adolphs, Stefan/Demirović, Alex/Karakayali, Serhat (Hg.), 2009: Der kapitalistische Staat - ein verdichtetes Machtverhältnis? Baden-Baden

Altvater, Elmar, 2009: Die kapitalistischen Plagen. Energiekrise und Klimakollaps, Hunger und Finanzchaos. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, März, S. 45-59

Borón, Atilio A., 2003: El posneoliberalismo: un proyecto en construcción. In: Sader, Emir/ Gentili, Pablo (Hg.): La trama del neoliberalismo, Buenos Aires (www.lajiribilla.co.cu/2004/ n142_01/142_12.html)

Brand, Ulrich, 2009a: Staatseuphorie ohne Strategie. Zur Lage der Linken im Postneoliberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, April, S. 93-101

Brand, Ulrich, 2009b: Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Webdossier der Heinrich-Böll-Stiftung http://www.boell.de/downloads/internationalepolitik/ multiple_krisen_u_brand_1.pdf

Brand, Ulrich, 2009c: Environmental crises and the ambiguous postneoliberalising of nature. In: Brand, Ulrich/Sekler, Nicola (Hg.): Postneoliberalism. A beginning debate. Development Dialogue 51, S. 103-117

Brand, Ulrich/Sekler, Nicola (Hg.), 2009: Postneoliberalism. A beginning debate. Sondernummer der Zeitschrift Development Dialogue 51, Uppsala, www.dhf.uu.se

Brand, Ulrich/Lösch, Bettina/Thimmel, Stefan (Hg.), 2007: ABC der Alternativen. Hamburg

Brenner, Neil/Peck, Jamie/Theodore, Nik, 2009: After neoliberalization? Manuskript

Brie, Michael, 2009: Ways out of the crisis of neoliberalism. In: Brand, Ulrich / Sekler, Nicola (Hg.): Postneoliberalism: A beginning debate. Development Dialogue 51, Uppsala, S. 15-32

Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.), 2007: Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden

Candeias, Mario, 2008: Finanzkrise und neuer Staatsinterventionismus. „Standpunkte" der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 24, Berlin
Demirović, Alex, 2007: Nicos Poulantzas - eine kritische Auseinandersetzung. Münster
Deppe, Frank/Schmitthenner, Horst/Urban, Hans-Jürgen (Hg.), 2008: Notstand der Demokratie. Auf dem Weg in einen autoritären Kapitalismus? Hamburg
Hirsch, Joachim, 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin und Amsterdam
Krull, Stephan/Massarrat, Mohssen/Steinrücke, Margareta (Hg.), 2009: Schritte aus der Krise Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn, Grundeinkommen. Hamburg
Macdonald, Laura/Rückert, Arne (Hg.), 2008: Post-Neoliberalism in the Americas: Beyond the Washington Consensus? London
Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard/Neunhöffer, Gisela (Hg.), 2006: Neoliberal Hegemony. A global critique. Einleitung. London und New York
Poulantzas, Nicos, 1978/2002: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg
Rilling, Rainer, 2008: Finanzmarktkrise – Ende des Neoliberalismus? Und die Linke? Standpunkte 23 der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
Sauer, Birgit, 2009: What about Gender Relations? The Slow Transformation of Gender Inequality. Vortrag auf der Historical Materialism Conference vom 27.-29.11.2009 in London
Sekler, Nicola, 2007: Stichwort „Postneoliberalismus". In: Brand, Ulrich/Lösch, Bettina Thimmel, Stefan (Hg.): ABC der Alternativen. Hamburg

LUXEMBURG 2
GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2009

Kämpfe um Demokratie
10 Jahre nach Seattle – Rückzug oder Mobilmachung?
Demokratisierung als Transformation
Scheitert die Gesundheitsreform in den USA?
Die Linke nach der Wahl

Mit Beiträgen von: Franco Bifo Berardi, Patrick Bond, Nicola Bullard, Frank Deppe, Barbara Epstein, Katja Kipping, Horst Kahrs, Eva Kreisky, Ingar Solty, Falk Richter, Hilary Wainwright, u.a.

Lieferbar ab 23.12., 160 Seiten, VSA: Verlag
10,– Euro, Abo 30,– Euro, erm. 20,– Euro

Redaktion Luxemburg:
luxemburg@rosalux.de, www.zeitschrift-luxemburg.de
Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin